

Haushaltsrede  
des Stadtkämmerers  
Wolfgang Quallo

zur Einbringung des Haushaltes 2010  
der Stadt Dorsten

in der Ratssitzung am 27.01.2010

## Haushaltsrede 2010

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren!

Es war bisher Tradition in unserem Hause, den Haushalt des kommenden Jahres in der letzten Sitzung des Rates des laufenden Kalenderjahres einzubringen. Dieses Mal mussten wir mit dieser Tradition brechen, weil die Daten für die mittelfristige Finanzplanung eine in diesem Ausmaß nicht erwartete besorgniserregende Entwicklung genommen haben. Der Stadt Dorsten droht nunmehr innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung die bilanzielle Überschuldung!! Hierauf haben wir Sie bereits in der 2. Ratssitzung nach der Kommunalwahl am 25.11.09 eingestimmt.

Haben mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagementes (NKF) vor vier Jahren noch einige Optimisten geglaubt, dass sich damit für die Kommunen wieder finanzielle Handlungsspielräume eröffnen, kann heute das nüchterne Fazit gezogen werden, dass durch das NKF erst deutlich wurde, wie dramatisch die Finanzlage der Kommunen in NRW tatsächlich ist. Die Haushaltsumfrage des NWStGB im Herbst letzten Jahres hat ergeben, dass von den 360 Mitgliedsstädten nur noch 35 - also nicht einmal 10 v.H. - in 2009 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufstellen konnten. Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen, die wir gemeinsam mit dem Kreis und den anderen kreisangehörigen Städten mit unserer Verfassungsbeschwerde gerügt haben, wird inzwischen - wenn auch nur inoffiziell - von Vertretern des IM NRW eingeräumt.

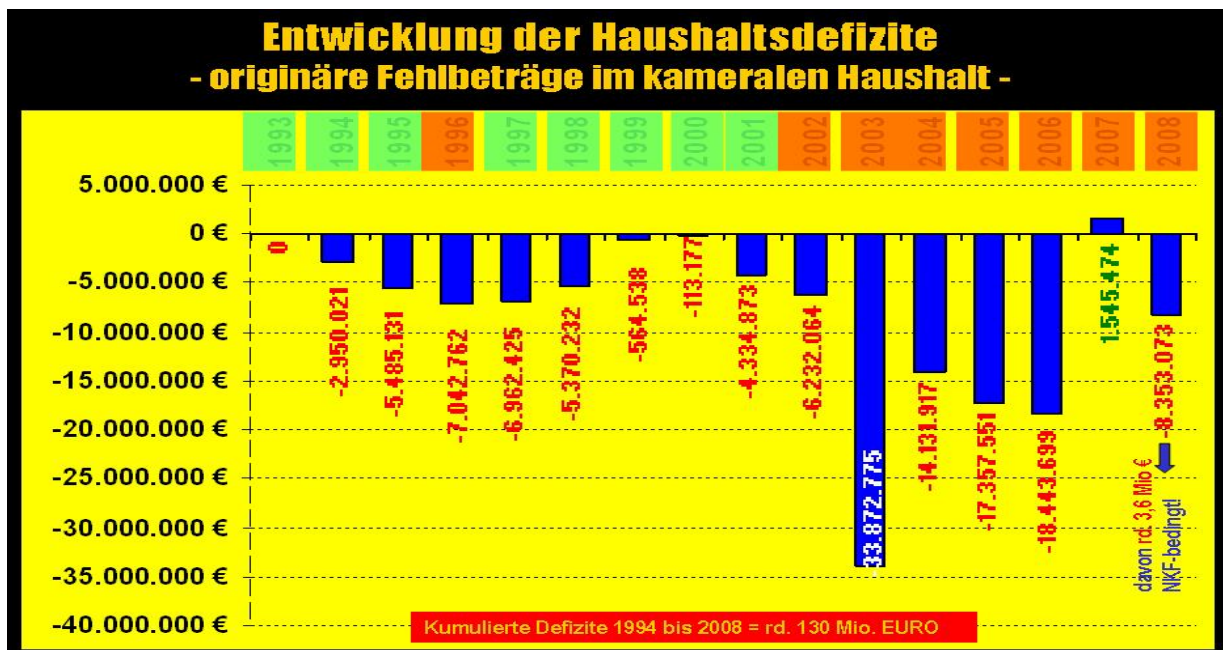
Rat und Verwaltung müssen nunmehr mit dem Abschnitt 5 des Leitfadens des IM NRW vom 06.03.09 "Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung" leben, der die bisher schon aus dem Nothaushaltsrecht bekannten Restriktionen noch einmal verschärft. Es bringt uns aber nicht weiter, wenn wir an dieser Stelle angesichts des im Haushaltsjahr 2010 entstehenden, für uns in dieser Höhe als katastrophal anzusehenden, Fehlbedarfs von **rd. 36,4 Mio €** resignieren und weitere Sparbemühungen einstellen. In diesem Falle würde uns nämlich drohen, von Fördermaßnahmen des Landes NRW, auf die wir dringend angewiesen sind, gänzlich ausgeschlossen zu werden.

Doch ehe ich hierauf näher eingehe, möchte ich Ihnen - so wie Sie es aus den Vorjahren kennen - einen Überblick über die Entwicklung des Haushaltes 2009 und die der wesentlichen Erträge und Aufwendungen im Haushaltsjahr 2010 geben.

## I. Blick auf die Entwicklung des Haushaltsjahres 2009

Blicken wir zunächst auf den Haushalt des abgelaufenen Jahres 2009. Bei der Einbringung des Haushaltes im Dezember 2008 waren wir von einem Fehlbedarf von rd. 21,6 Mio € ausgegangen. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist davon auszugehen - die Kolleg/innen der Kämmerei äußern sich da noch vorsichtig - , dass sich der tatsächliche Fehlbetrag etwa in dieser Höhe bewegen wird. Das liegt u.a. daran, dass entgegen des landesweit anzutreffenden deutlichen Rückganges der Gewerbesteuer bei uns sogar aufgrund von Einmal-Effekten noch eine Verbesserung um rd. 3,2 Mio € zum Ansatz von 19 Mio € eingetreten ist.

Noch eine Anmerkung zum Abschluss des Vorvorjahres - also 2008 -: Ich hatte Ihnen bei meiner letzten HH-Rede gesagt, dass wir die kamerale Ära mit einem kumulierten Haushaltsdefizit von rd. 126 Mio € abschließen werden. Diese Zahl muss deshalb korrigiert werden, weil im Rahmen des Jahresabschlusses 2008 noch NKF-bedingte Mehraufwendungen (Jahresprinzip) angefallen sind, die das kamerale Gesamtdefizit auf 129,7 Mio € ansteigen ließen.



## Der Finanzplan 2010

Die vom Gesetzgeber mit der Umstellung auf das NKF verfolgten Ziele habe ich in meiner letzten Haushaltsrede ausführlich dargestellt. Heute möchte ich nur noch einmal kurz auf das sogen. **3-Komponenten-System** im NKF eingehen, weil dies m.E. zum besseren Verständnis der nachfolgenden Ausführungen beiträgt.

In der ersten Komponente, dem Finanzplan, werden alle **Einzahlungen** und alle **Auszahlungen**, so wie sie es noch aus dem kameralem Haushaltsrecht kennen - dargestellt und zwar getrennt nach

- laufender Verwaltungstätigkeit
- Investitionstätigkeit und
- Finanzierungstätigkeit

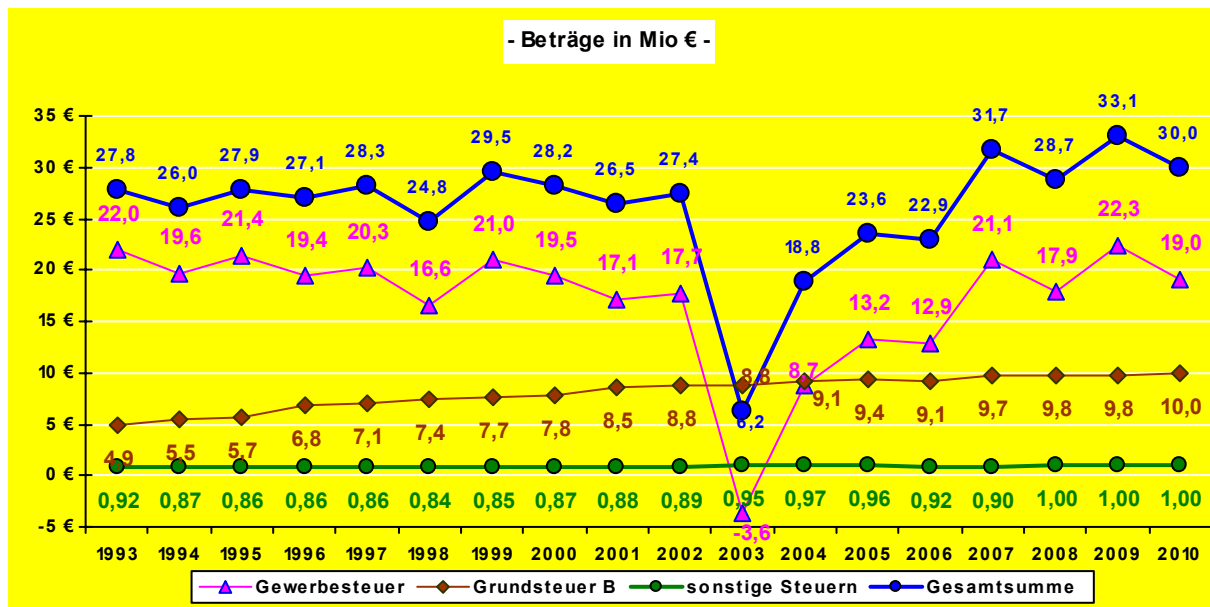
Der Saldo informiert über die tatsächliche finanzielle Situation einer Kommune und kann mit dem Ergebnis, den ein kameraler Haushalt gehabt hätte, gleich gestellt werden. Im Haushaltsjahr 2010 weist der Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit einen Fehlbedarf von rd.20,5 Mio € aus. Unter Hinzurechnung der Salden aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit ergibt sich ein **Gesamtsaldo von -26,382 Mio**. Er liegt um rd.**11,8 Mio € über dem in 2009 entstandenen (Plan)Saldo**.

Zur Beantwortung der Frage nach den Ursachen stelle ich Ihnen die wesentlichen Eckdaten des Finanzplanes 2010 vor:

## II. 1. einige Eckdaten zum Finanzplan 2010

Dabei gehe ich bei der Darstellung der Daten auf den Beginn unserer Haushaltssicherungsmaßnahmen (1993) zurück, weil ansonsten eine Zeitreihe nicht aussagekräftig wäre.

Ich beginne wie gewohnt bei auf der Einzahlungsseite und hier bei den **Realsteuern**.



Wie schon erwähnt, sind die **Gewerbesteuereinnahmen** in 2009 entgegen dem landesweiten Trend positiver als wir bei Aufstellung des Haushaltes angenommen haben, verlaufen. Anstelle der veranschlagten 19 Mio € haben wir Steuerbescheide über 22,3 Mio € verschickt. Ob die Gewerbesteuer tatsächlich in dieser Höhe eingehen wird,

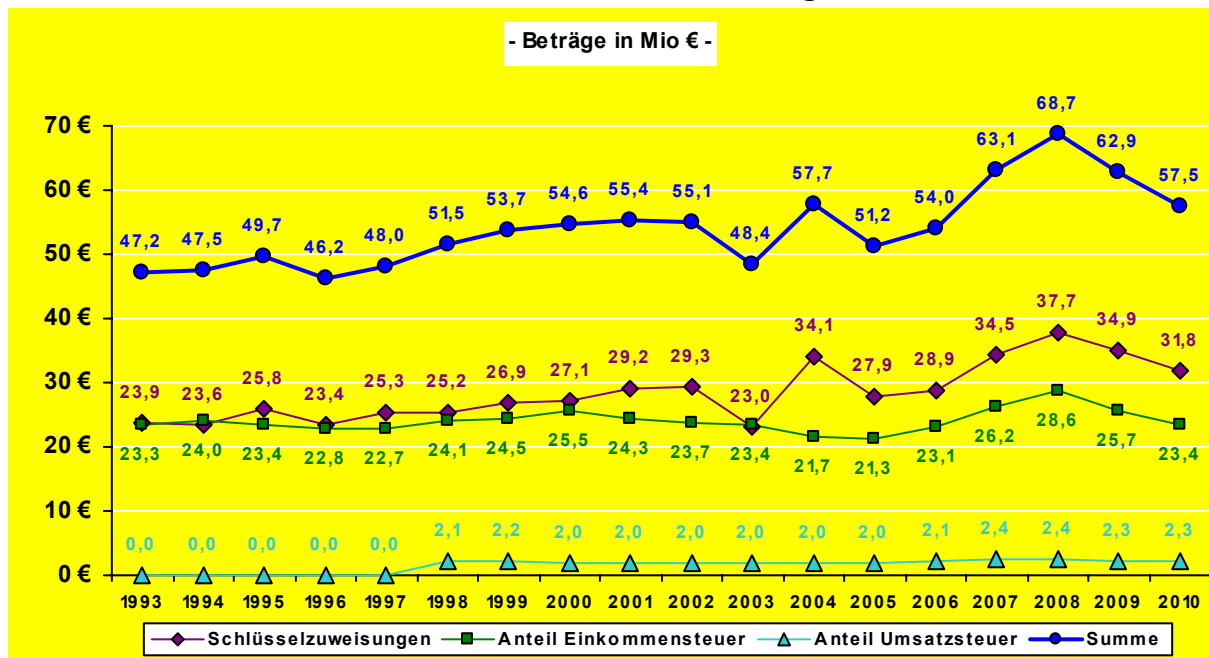
ist noch offen, weil die im NKF vorgeschriebene Prüfung, ob die Forderungen alle wert-  
haltig sind, noch nicht abgeschlossen ist.

Obwohl es viele Stimmen gibt, die meinen, dass die Gewerbesteuer insbes. in 2010 von  
den Auswirkungen der Finanzkrise betroffen sein wird, sind wir optimistisch und haben  
für 2010 den gleichen Betrag wie in 2009, also 19 Mio €, als Plandatum eingesetzt.

Bei den übrigen von uns beeinflussbaren Steuereinnahmen tritt in 2010 keine wesentli-  
che Änderung ein. An unseren eigenen Steuereinnahmen liegt es also nicht, dass wir  
immer tiefer in den finanziellen Strudel geraten.

Eine der Ursachen liegt vielmehr in unseren wichtigsten Einnahmequellen:

### Anteil an der Einkommens-/Umsatzsteuer Höhe der Schlüsselzuweisungen



Bei den **Schlüsselzuweisungen** liegt das zum Einen daran, dass die vom Land NRW zur  
Verfügung gestellte Finanzausgleichsmasse aufgrund rückläufiger Steuereinnahmen  
um rd. 380 Mio € niedriger ausfällt. Zum Anderen ist durch unsere Mehreinnahmen bei  
der Gewerbesteuer aber auch unsere Steuerkraft im letzten Jahr um 0,9 v.H. gestiegen,  
während sie im Landesschnitt um 3,1 v.H. gefallen ist. Beide Faktoren bewirken, dass  
die Schlüsselzuweisungen um rd. 3,1 Mio € geringer als in 2009 ausfallen.

Beim **Anteil an der Einkommenssteuer** ist es bereits in 2009 wegen der globalen Fi-  
nanzkrise zu einem Einbruch gegenüber den Plandaten gekommen. Anstelle der ge-  
planten 27,0 Mio € haben wir nur 25,7 Mio € erhalten. Dieser negative Trend wird sich  
in 2010 weiter fortsetzen. Nach dem Ergebnis der November-Steuerschätzung werden

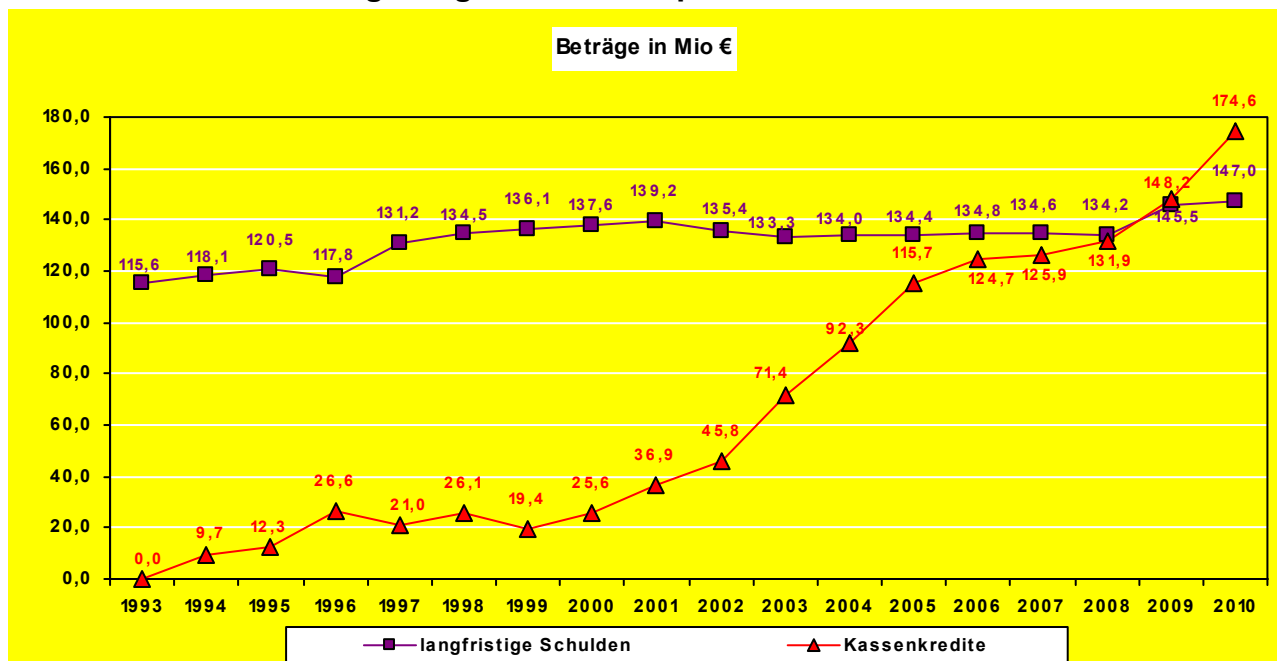
wir noch rd. 23,4 Mio € erhalten. Dabei sind die Auswirkungen des sogen. Wachstumsbeschleunigungsgesetzes noch nicht berücksichtigt. Bundesweit drohen den Kommunen erhebliche Einnahmeverluste. Nach groben Berechnungen werden sich die bei uns mit rd. 600.000 € auswirken.

Insgesamt werden die geplanten Gesamteinnahmen in 2010 um rd. 6,6 Mio € hinter den **Plandaten** des Jahres 2009 zurückbleiben.

### Nun ein Blick auf die Auszahlungsseite:

Habe ich Ihnen in den letzten Jahren anhand einer Folie den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Fehlbeträge und dem Stand der Kassenkredite, die jetzt Liquiditätskredite heißen, erläutert, so besteht im NKF dieser Zusammenhang nur noch bedingt. Die Ursache liegt darin, dass in den NKF-Fehlbeträgen auch nichtzahlungswirksame Aufwände wie Abschreibungen und Rückstellungen enthalten sind. Gleichwohl kann aus der Höhe der Liquiditätskredite der sicherste Rückschluss auf die finanzielle Situation einer Kommune gezogen werden.

### langfristige Kredite / Liquiditätskredite



Sie sehen bei der Entwicklung der **investiven** Kredite in den letzten 10 Jahren bis 2008 fast keine Bewegung. Das liegt an dem Gebot der Netto-Kreditverschuldung von Null Euro. Der Anstieg in 2009 hängt mit der Überführung des Freizeitbades Atlantis in das NKF und die damit verbundene Aktivierung als Vermögen der Stadt Dorsten zusammen.

Da wir ab 2010 keine pauschale Kreditgenehmigung mehr erhalten (sie hätte 2/3 der jährlichen Tilgung von derzeit rd. 6,4 Mio € betragen), wird sich der Stand der investiven

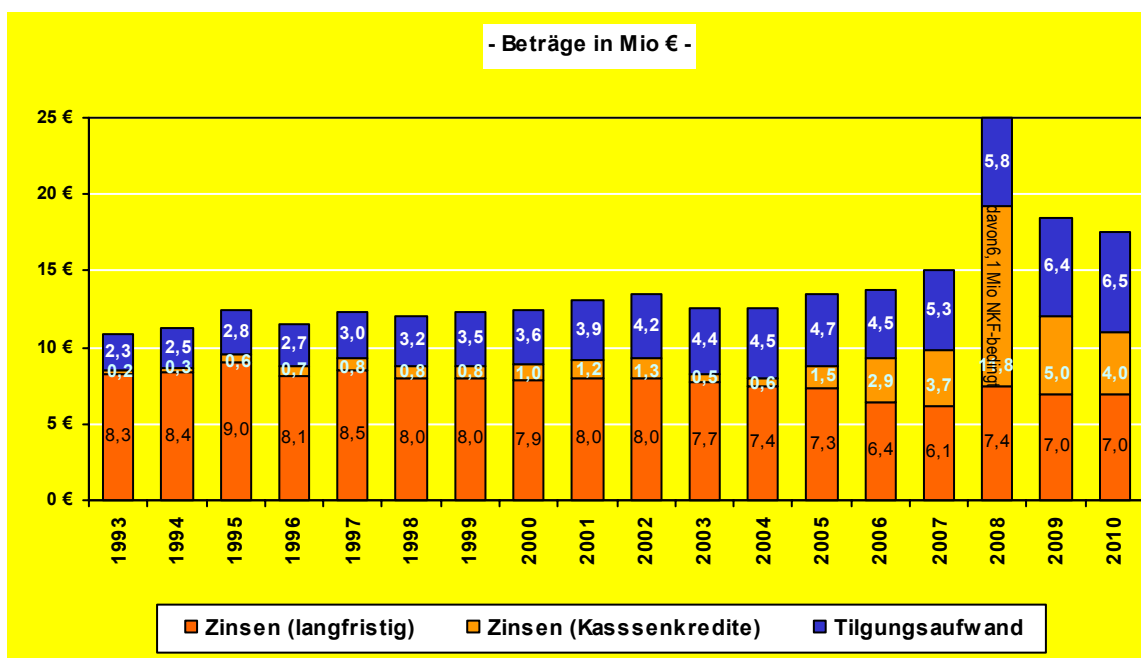
Kredite - soweit er nicht auf die Gebührenhaushalte entfällt - in den nächsten Jahren zwangsläufig verringern. Das bedeutet aber auch, dass die Investitionstätigkeit der Stadt Dorsten in den kommenden Jahren ebenfalls deutlich zurückgehen wird. Für 2010 haben wir eine unrentierliche Kreditaufnahme von 1,735 Mio € vorgesehen und müssen nun versuchen, hierzu die Genehmigung der Bezirksregierung zu erhalten. Gut, dass wir mit dem Konjunkturprogramm II zusätzliche Investitionsmöglichkeiten in Höhe von rd. 8 Mio € erhalten haben.

Aus der Grafik können Sie ersehen, dass die Höhe der **Liquiditätskredite** Ende 2009 mit rd. 148 Mio € erstmals in der Geschichte unserer Stadt die der Investitionskredite übersteigt, und zwar um rd. 3 Mio €.

Wir haben in der gesamten kameralen Ära rd. 132 Mio € Kassenkredite angehäuft. War diese Entwicklung schon überaus besorgniserregend, wird mir Angst und Bange, wenn ich die sich abzeichnende Entwicklung innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung im NKF betrachte. Da kommen in den Jahren 2010 bis 2013 - also in vier Jahren - rd. 110 Mio € hinzu!! Wer da noch immer die finanzielle strukturelle Unterfinanzierung der Stadt Dorsten leugnet, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen.

Der Sprengstoff für den Haushalt der Stadt Dorsten, der in der Höhe der Liquiditätskredite liegt, wird deutlich, wenn wir uns die hierfür aufzubringenden Zinsen ansehen:

### Aufwendungen für den Schuldendienst



Hatte die EZB noch bis Mitte 2008 den gegenüber 2005 geltenden Leitzins mehr als verdoppelt (von 2,0 % auf 4,25 % → Auswirkungen in 2008 s. Grafik) hat sie ihn nun infolge der Finanzmarktkrise seit Mai 2009 auf historisch niedrige 1,0 % gesenkt. Der 3 M-Euribor (Zinssatz zu dem sich Banken untereinander Geld leihen und den wir auch für aufzunehmende Liquiditätskredite erhalten) liegt derzeit bei 0,670 %. Das Ist-Ergebnis 2009 wird bei den Liquiditätskrediten um rd. ½ Mio € unter den Plandaten liegen. Für 2010 haben wir den Zinsaufwand gegenüber dem Plan 2009 um rd. 1,0 Mio € reduziert.

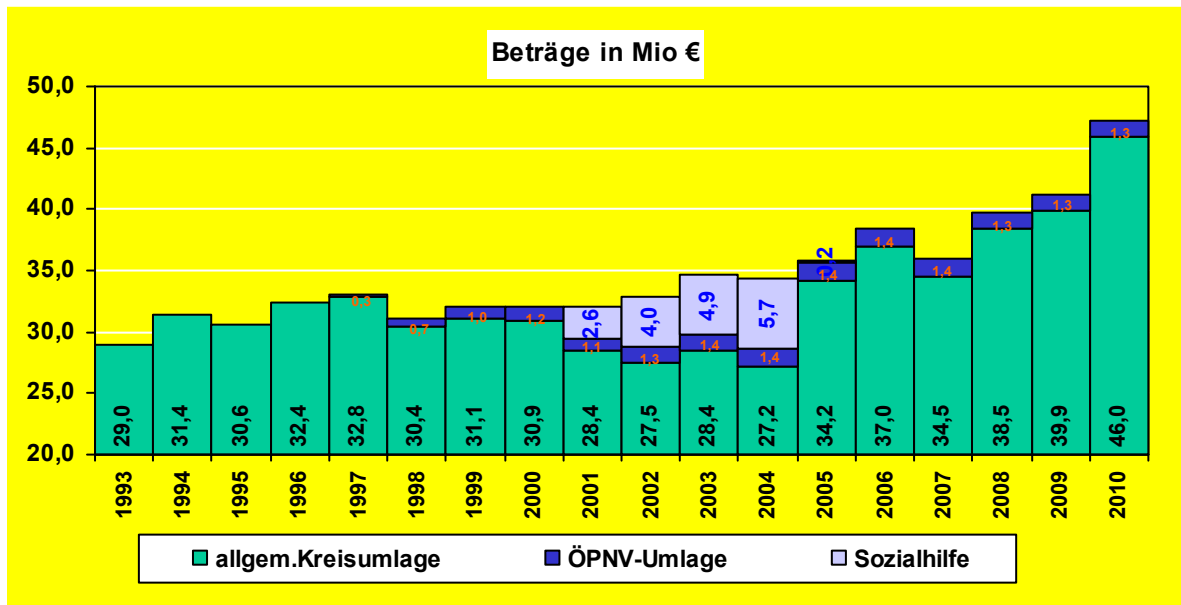
Aufgrund des hohen Liquiditätskreditbestandes von rd. 148 Mio € sind wir den Entwicklungen des Finanzmarktes wehrlos ausgeliefert. Jeder Prozentpunkt, um den das Zinsniveau steigt, wird der Stadt Dorsten z.Zt. rd. 1,5 Mio € kosten!!

Ebenfalls ausgeliefert sind wir als kreisangehörige Gemeinde bei einer weiteren Ausgabe, die den Haushalt erheblich belastet: **Die Kreisumlage**. Dabei muss eingeräumt werden, dass der größte Ausgabenblock des Kreises, der Sozialbereich, von ihm so gut wie nicht beeinflusst werden kann. Da der Kreis Recklinghausen gerade bei den Belastungen durch den Sozialbereich die absolute Spitzenposition im Lande NRW einnimmt, hat er auch den höchsten Hebesatz für die Kreisumlage. Nachdem der Kreistag im letzten Jahr den Hebesatz bei 44,61 v.H. belassen hat (für einen ausgeglichenen Kreishaushalt hätte der Hebesatz mit 50,2 v.H. festgesetzt werden müssen), ist der Kreis im Jahre 2009 mit rd. 50 Mio € unterfinanziert, d.h. er ist bereits jetzt bilanziell überschuldet. Er sitzt nun tatsächlich mit den übrigen kreisangehörigen Städten "in einem Boot".

Gerade die Frage, in welcher Höhe der Kreis von seinen Kommunen in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2013 die Kreisumlage erheben wird, war ein zentraler Punkt für die Verschiebung der Haushaltseinbringung, denn je nach Höhe des Hebesatzes wäre ggfls. eine bilanzielle Überschuldung der Stadt Dorsten innerhalb der miFi nicht eingetreten. Die Finanzkommission (bestehend aus Vertretern aus dem Kreis der Bürgermeister, dem Landrat und Vertretern der Bezirksregierung Münster) hat sich am 21.12.09 für das Jahr 2010 auf einen Hebesatz von 52,98 v.H. verständigt. Für einen ausgeglichenen Kreishaushalt (ohne Abbau der Altschulden) wäre ein Hebesatz von 53,82 v.H. erforderlich gewesen. Für 2010 hat die Stadt Dorsten nunmehr eine Kreisumlage in Höhe von rd. 46,0 Mio € zu zahlen.



## Entwicklung der Kreisumlage (einschl. ÖPNV-Umlage)



Dieser Mehrbetrag von über 6 Mio € ist der zweite Hauptgrund für die drastische Verschlechterung der Haushaltssituation der Stadt Dorsten. Übrigens: Im vorliegenden Haushaltsentwurf ist die Kreisumlage noch mit rd. 46,65 Mio € vorgesehen. Die Verbesserung um rd. 650.000 € konnte redaktionell nicht mehr berücksichtigt werden, weil die Finanzkommission den neuen relevanten Hebesatz erst am 15.d.M. bekannt gegeben hat.

Eine weitere Kostenart, die im nächsten Jahr zu Mehrausgaben von rd. 1 Mio € führen wird, sind die **Personalkosten**. Ihre Ursache haben sie in den deutlichen linearen Vergütungsanhebungen aus der Tarifrunde 2008/09 sowie in der Umsetzung des neuen Tarifvertrages für den Sozial- und Erziehungsdienst. Diese Mehrkosten können nicht zusätzlich zu dem schon seit Jahren vom Rat beschlossenen Pauschalabzug von 5 % erwirtschaftet werden.

Wie schon gesagt, schließt der Finanzplan 2010 mit einem zahlungswirksamen Fehlbedarf von rd. 26,38 Mio € ab.

### III. Ergebnisplan 2010

Wenn Sie sich an die Grafik des "3-Komponenten-Systems" erinnern, wissen Sie, dass dieses Ergebnis die Frage nach dem Haushaltsdefizit im NKF nicht abschließend beantwortet. Dazu ist vielmehr der Ergebnisplan heranzuziehen, denn nur dessen Ergebnis bewirkt eine Erhöhung oder Minderung des Eigenkapitals und ist somit für die Frage der Genehmigungsfähigkeit eines Haushaltes von Bedeutung. Er enthält nämlich neben

den zahlungswirksamen Ein- und Auszahlungen auch die nichtzahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen.

Die im Finanzplan nicht enthaltenen nichtzahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen bestehen im Wesentlichen aus den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten, den Abschreibungen und den Rückstellungen, wobei bei Letzteren insbesondere die Pensionsrückstellungen von Bedeutung sind. Diese nichtzahlungswirksamen Aufwendungen sowie Veränderungen bei den Sonderposten belaufen sich auf insgesamt rd. 10 Mio €.

#### IV. Gesamtfehlbedarf 2010

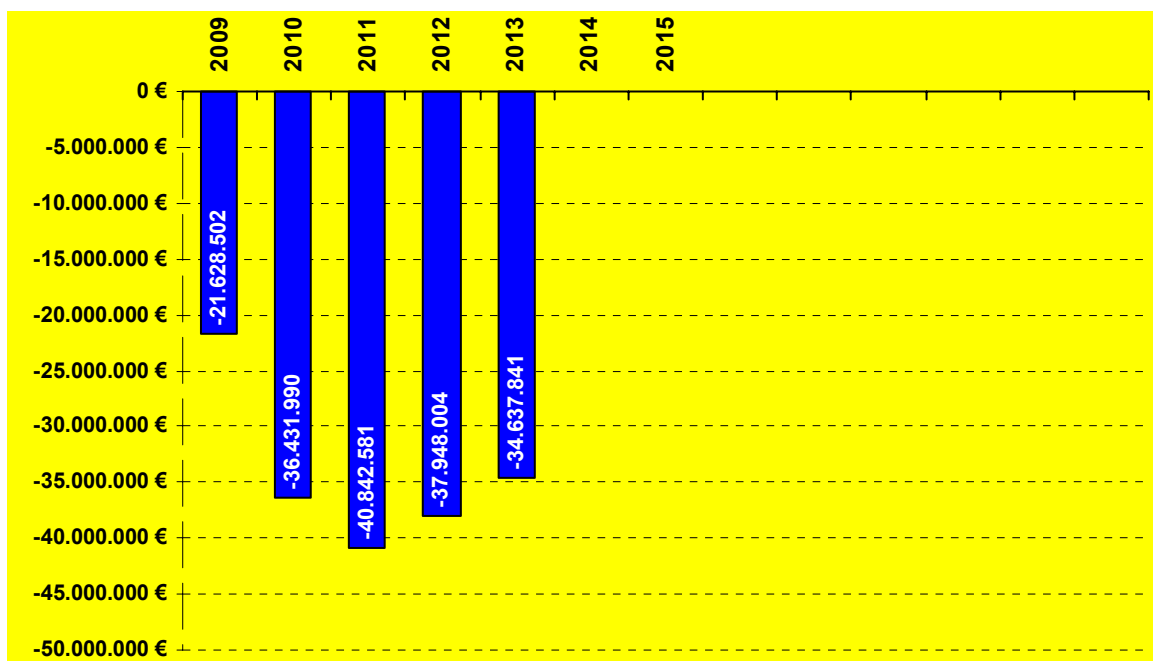
Der Gesamtfehlbedarf 2010 stellt sich somit wie folgt dar:

|                                     |                       |
|-------------------------------------|-----------------------|
| Ergebnis des Finanzplanes:          | = 26.382.004 €        |
| nichtzahlungswirksame Aufwendungen: | = 10.049.996 €        |
| <b>= Gesamtfehlbedarf</b>           | <b>= 36.431.990 €</b> |

Er liegt somit um rd. 14,8 Mio € über dem Fehlbedarf des Jahres 2009 (ohne Berücksichtigung der Verbesserung der Kreisumlage um rd. 650.000 €).

Es wird auch nicht gesehen, dass sich dieser Fehlbedarf innerhalb der miFi wesentlich verändern wird. Er wird für die folgenden Jahre wie folgt prognostiziert:

**Fehlbedarfsentwicklung in der mittelfristigen Finanzplanung**



Blicken wir jetzt auf den Verzehr des Eigenkapitals, der durch diese Fehlbeträge eintritt:

|   | 2009<br>Mio € | 2010<br>Mio € | 2011<br>Mio € | 2012<br>Mio € | 2013<br>Mio €       |
|---|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------------|
| <b>Allgemeine</b> Rücklage zum 01.01.                     | 116,740       | 116,740       | 91,965        | 51,123        | 13,175              |
| <b>Ausgleichs</b> rücklage zum 01.01.                     | 33,285        | 11,657        | 0,000         | 0,000         | 0,000               |
| <b>Eigenkapital</b> gesamt                                | 150,025       | 128,397       | 91,965        | 51,123        | 13,175              |
| <b>Jahresfehlbedarf</b>                                   | 21,628        | 36,432        | 40,842        | 37,948        | 34,637              |
| Entnahme aus der <b>Ausgleichs</b> rücklage               | 21,628        | 11,657        | 0,000         | 0,000         | 0,000               |
| verbleibender Bestand der <b>Ausgleichs</b> rücklage      | 11,657        | 0,000         | 0,000         | 0,000         | 0,000               |
| Entnahme aus der <b>Allgemeinen</b> Rücklage              | 0,000         | 24,775        | 40,842        | 37,948        | 34,637              |
| verbleibende Allgemeine Rücklage                          | 116,740       | 91,965        | 51,123        | 13,175        | -21,462             |
| <b>verbleibendes Eigenkapital</b> (Ausgleichsrücklage und | 128,397       | 91,965        | 51,123        | 13,175        | -21,462             |
| Verzehr der <b>Allgemeinen</b> Rücklage in v.H.           | 0,000         | 21,22%        | 56,21%        | 88,71%        | <b>überschuldet</b> |

Damit wird das Eigenkapital der Stadt Dorsten im letzten Jahr der miFi negativ sein. In nur 5 Jahren ist unser eigentlich recht stattliches Eigenkapital von rd. 150 Mio € völlig aufgezehrt....und das bei seit Jahren anhaltenden Haushaltssicherungsmaßnahmen!

Und damit komme ich auf meine Ausführungen zu Beginn meiner Rede zurück:

"Rat und Verwaltung müssen nunmehr mit den in Abschnitt 5 des Leitfadens des IM NRW vom 06.03.09 "Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung" vorgesehenen Restriktionen leben." → Was bedeutet das für uns?

## V. Kommunale Finanzkrise/Haushaltssolidierungspotential

Bevor ich auf die Notwendigkeit weitergehender Haushaltssicherungsmaßnahmen vor Ort zu sprechen komme, muss ich kurz auf die Situation der kommunalen Finanzen eingehen.

Es kann heute niemand mehr wegdiskutieren, dass immer mehr Kommunen die vom Bundes- und Landesgesetzgeber übertragenen Aufgaben mit ihren eigenen Einnahmen nicht mehr finanzieren können. Trotzdem werden den Kommunen ohne entsprechende Gegenfinanzierung neue Aufgaben übertragen und den Bürgerinnen und Bürgern gleichzeitig weitere Leistungen versprochen. So sollen die Kommunen innerhalb weniger Jahre Hunderttausende von Krippenplätzen neu schaffen (kostet die Stadt Dorsten über ½ Mio €), sie sollen mehr für Bildung tun, zum Klimaschutz beitragen und durch Investitionen die Wirtschaft stärken. Meine Hoffnung, dass die neue schwarz/gelbe Koalition in Berlin neue Wege beschreiten wird, um in den letzten Jahren eingetretene

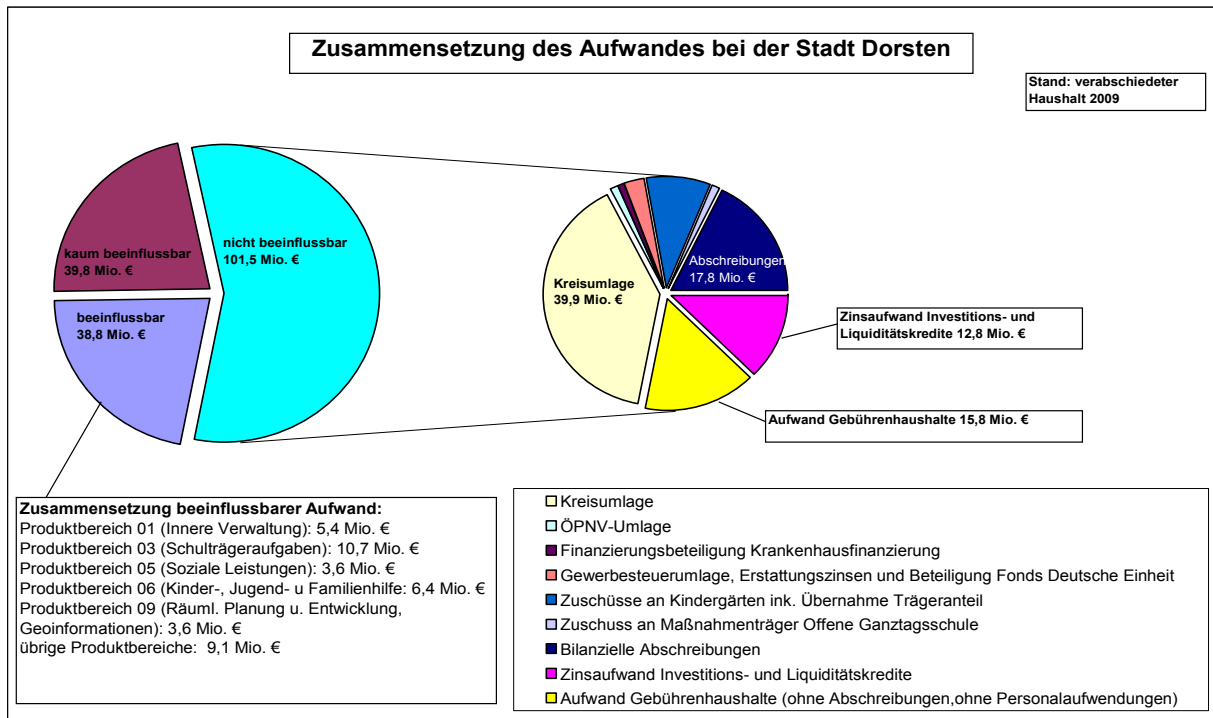
Fehlentwicklungen zu beseitigen, hat sich bisher leider nicht erfüllt. Anstelle die Betreuungs-/Bildungsangebote weiter auszubauen (z.B. Über-Mittag-Betreuung, Sprachförderung, Finanzierung des Programms "Kein Kind ohne Mahlzeit) wurde - nach altem Muster - das Kindergeld um 20 € erhöht und so - das ist meine Meinung - rd. 4,3 Mrd. € jährlich wirkungslos verpulvert!

Es ist zu bezweifeln, dass die jüngsten Resolutionen der Kommunalen Spitzenverbände, mit denen wegen der bestehenden Unterfinanzierung ein Rettungsschirm für Städte und Gemeinden gefordert wird, bei Bund und Land auf offene Ohren stoßen werden. Stattdessen werden - zumindest von einer Regierungspartei - weitergehende Steuerentlastungen für den Mittelstand gefordert, die zu weiteren Steuerausfällen bei den Kommunen führen werden. Vielleicht fehlen da ja Vordenker wie der verstorbene Ehrenvorsitzende der FDP, Otto Graf Lambsdorff, der noch im November letzten Jahres sagte: "Wer weniger einnimmt, kann weniger ausgeben. So einfach ist das." Dem ist nichts hinzuzufügen!

Wir haben hier in Dorsten - und damit meine ich Rat und Verwaltung - gerade in den letzten Jahren unser Ausgabeverhalten der sich ständig verschlechternden Finanzsituation angepasst. Die jetzt vom FORA-Institut im Zusammenhang mit unserer Verfassungsbeschwerde bei allen kreisangehörigen Städten erhobenen Kennzahlen zeigen, dass wir im Kreisvergleich bis auf wenige Ausnahmen besonders günstige Werte aufweisen können. Nicht von ungefähr hat die Bezirksregierung Münster letztlich nach einer harten Verhandlungsrunde mit dem Verwaltungsvorstand grünes Licht für unsere priorisierten Fördermaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rd. 55 Mio € gegeben.

Obwohl wir ohne förmliche Haushaltssicherungsrunde in den letzten Jahren über 4 Mio € Verbesserungen generiert haben (s. Anlage 1 zum HSK), bin ich fest davon überzeugt, dass es auch bei uns noch weiteres Potential für Haushaltssicherungsmaßnahmen gibt. Dieses wird jedoch keinesfalls ausreichen, um die sich abzeichnende bilanzielle Überschuldung abzuwenden.

Wir haben - wie von der Finanzkommission gewünscht - eine überschlägige Berechnung eines theoretisch möglichen Konsolidierungsbeitrages auf der Grundlage der Haushaltsdaten 2009 angestellt.



Von den ordentlichen Aufwendungen und Finanzaufwendungen des Jahres 2009 in Höhe von rd. 180 Mio € ist ein Anteil von 56,4 % also rd. 101 Mio € in keiner Weise von der Stadt beeinflussbar. Es handelt sich hier im wesentlichen um die Kreisumlage, die Abschreibungen, die Kreditzinsen und die GebührenHH.

Nach Abzug der Personalkosten in Höhe von rd. 40 Mio € als nur bedingt beeinflussbarer Aufwand, verbleiben noch rd. 39 Mio € (21,5 % der Gesamtaufwendungen) als beeinflussbarer Aufwand. Hierin enthalten sind die rein freiwilligen Ausgaben (die finden Sie in der Anlage 2 des HSK) mit rd. 9,1 Mio €. Diese sind im Vergleich zu den Vorjahren höher ausgefallen. Das liegt aber nicht daran, dass wir neue freiwillige Leistungen übernommen haben, sondern hat zum Einen mit der Systematik des NKF zu tun. Nunmehr sind auch die nichtzahlungswirksamen Aufwendungen wie z.B. die Afa, zu berücksichtigen. Zum Anderen sind auch die mit den Förderanträgen Stadtumbau und Soziale Stadt zusammenhängenden Aufwendungen nach der Systematik des Leitfadens des IM NRW als freiwillige Leistungen zu interpretieren.

Die o.a. Zahlen belegen m.E. eindrucksvoll, dass wir aus eigener Kraft niemals in der Lage sein werden, unsere Finanzsituation so zu verbessern, um eine bilanzielle Überschuldung zu vermeiden. Denn nur wenn wir den gesamten beeinflussbaren Aufwand, also beispielsweise alle unsere Leistungen für die Schulen von rd. 10,7 Mio €, für die Kinder- und Familienhilfe von rd. 6,5 Mio € und für Stadtentwicklung, Planung und Bau

en von rd. 3,6 Mio € völlig streichen würden, könnten wir unseren Haushalt soeben ausgleichen.

Darüber, welcher Prozentsatz der beeinflussbaren Aufwendungen als realistischer Konsolidierungsbeitrag angesehen werden kann, wird sich die Finanzkommission in den weiteren Sitzungen verständigen. Ich denke allerdings, dass es sinnvoller ist, anstelle des "Rasenmäherprinzips" inhaltliche Haushaltskonsolidierung zu betreiben.

## **VI. Notwendigkeit weitergehender eigener Haushaltssicherungsmaßnahmen**

Die Bezirksregierung Münster hat bei der Bewilligung unserer - ihnen bekannten - Förderanträge deutlich gemacht, dass dabei zum einen die bisherigen Haushaltssicherungsmaßnahmen der Stadt Dorsten honoriert werden, gleichzeitig aber gefordert, angesichts der drohenden bilanziellen Überschuldung weitergehende Haushaltssicherungsmaßnahmen einzuleiten. Hierzu ist die Stadt Dorsten auch nach Abschnitt 5 des mehrfach angesprochenen Leitfadens des IM NRW verpflichtet, denn danach müssen solche Kommunen ihr HSK grundlegend überarbeiten. Dabei müssen die Haushaltssicherungsbemühungen alle Bereiche der Verwaltung **einschl.** der Unternehmen und Beteiligungen umfassen.

Das HSK, das Ihnen mit der Haushaltseinbringung vorgelegt wird, erfüllt diese Anforderungen noch nicht. Auch wird es nicht gelingen, bis zur Verabschiedung des Haushaltes, die nunmehr für den 05.05.d.J. vorgesehen ist, ein HSK zu verabschieden, in dem schon alle Maßnahmen konkret beschrieben werden. Wir haben der Bezirksregierung gesagt, dass wir mit der Haushaltsverabschiedung im Mai d.J. ein HSK beschließen wollen, in dem die Handlungsfelder für Haushaltssicherungsmaßnahmen beschrieben werden. Die konkreten Maßnahmen sollen dann im Laufe des Jahres vom HFA bzw. Rat beschlossen werden und dann Eingang in das HSK 2011 finden.

Der Bürgermeister hat eine interne Arbeitsgruppe unter meiner Leitung eingesetzt, die ab der nächsten Woche mit allen Stadtämtern und städt. Gesellschaften Gespräche über noch vorhandene Konsolidierungspotentiale, die nicht nur auf der Ausgabenseite liegen müssen, führen wird. Grundlage sollen dabei zum Einen die Auswertungen des FORA-Instituts (Die erinnern sich: Stichwort Verfassungsbeschwerde) und zum Anderen die Ergebnisse der Prüfung der Gemeindeprüfanstalt sein. Dabei sollen keine Themenbereiche tabuisiert werden. Ohne Ergebnisse vorwegzunehmen: Schul- und Kindergartenentwicklungsplanung sowie die Musikschule werden Schwerpunktthemen dar

stellen. Die Vorschläge dieser Arbeitsgruppe sollen nach Erörterung im Verwaltungsvorstand dann dem HFA bzw. Rat zur Bewertung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Meine Damen und Herren,

auch wenn der alte Kämmererwitz "Gestern standen wir am Abgrund, heute sind wir einen Schritt weiter" wieder an Aktualität gewonnen hat: Ich bin mir sicher, dass es uns letztlich gelingen wird, ein Haushaltssicherungskonzept zu erarbeiten, das einerseits den ernsthaften Willen von Rat und Verwaltung zur Haushaltssicherung erkennen lässt, andererseits aber auch die Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger noch lebenswert bleiben lässt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

**Es gilt das gesprochene Wort!**

# Daten zum Haushalt 2010



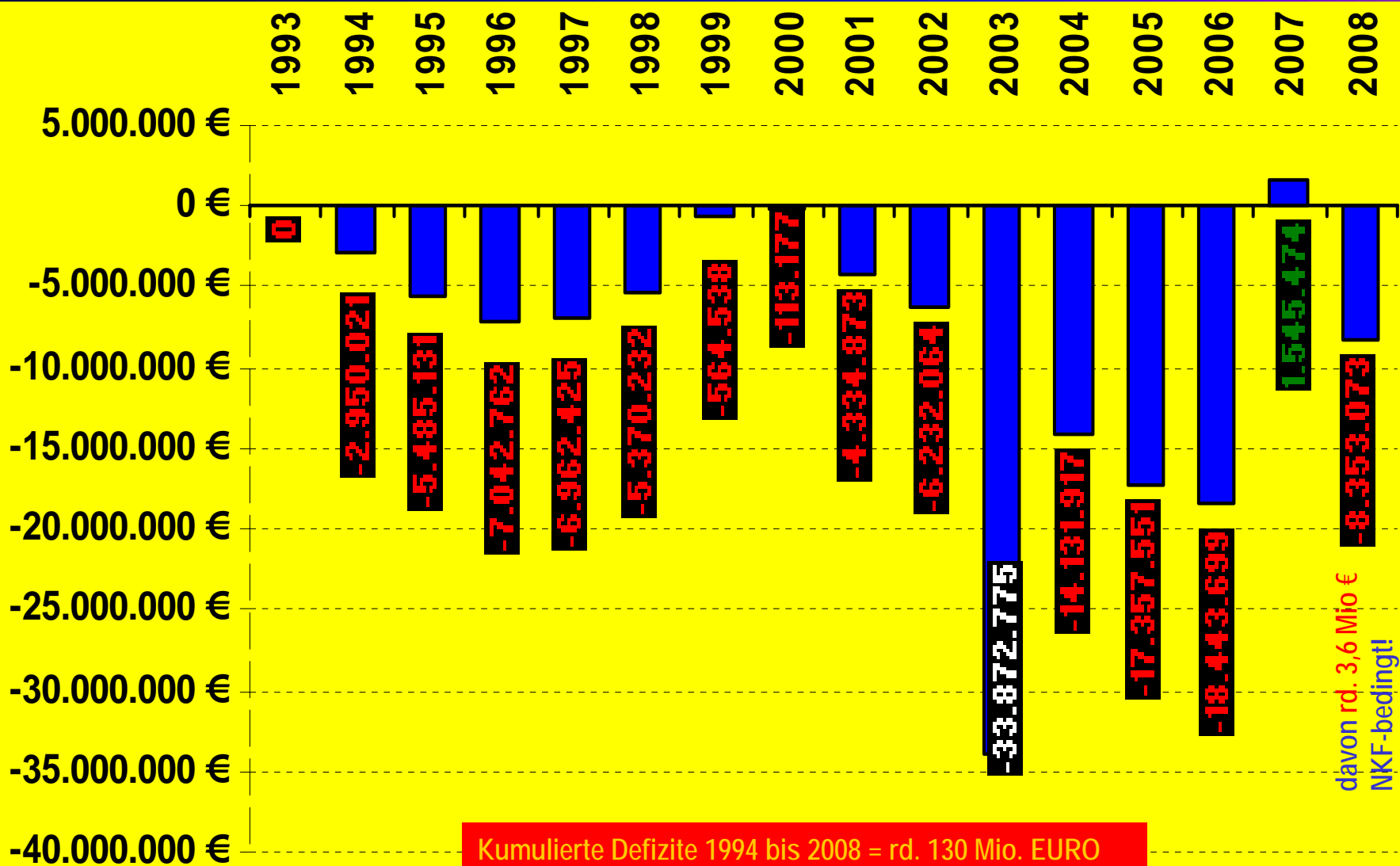


# Haushaltsentwicklung 2009

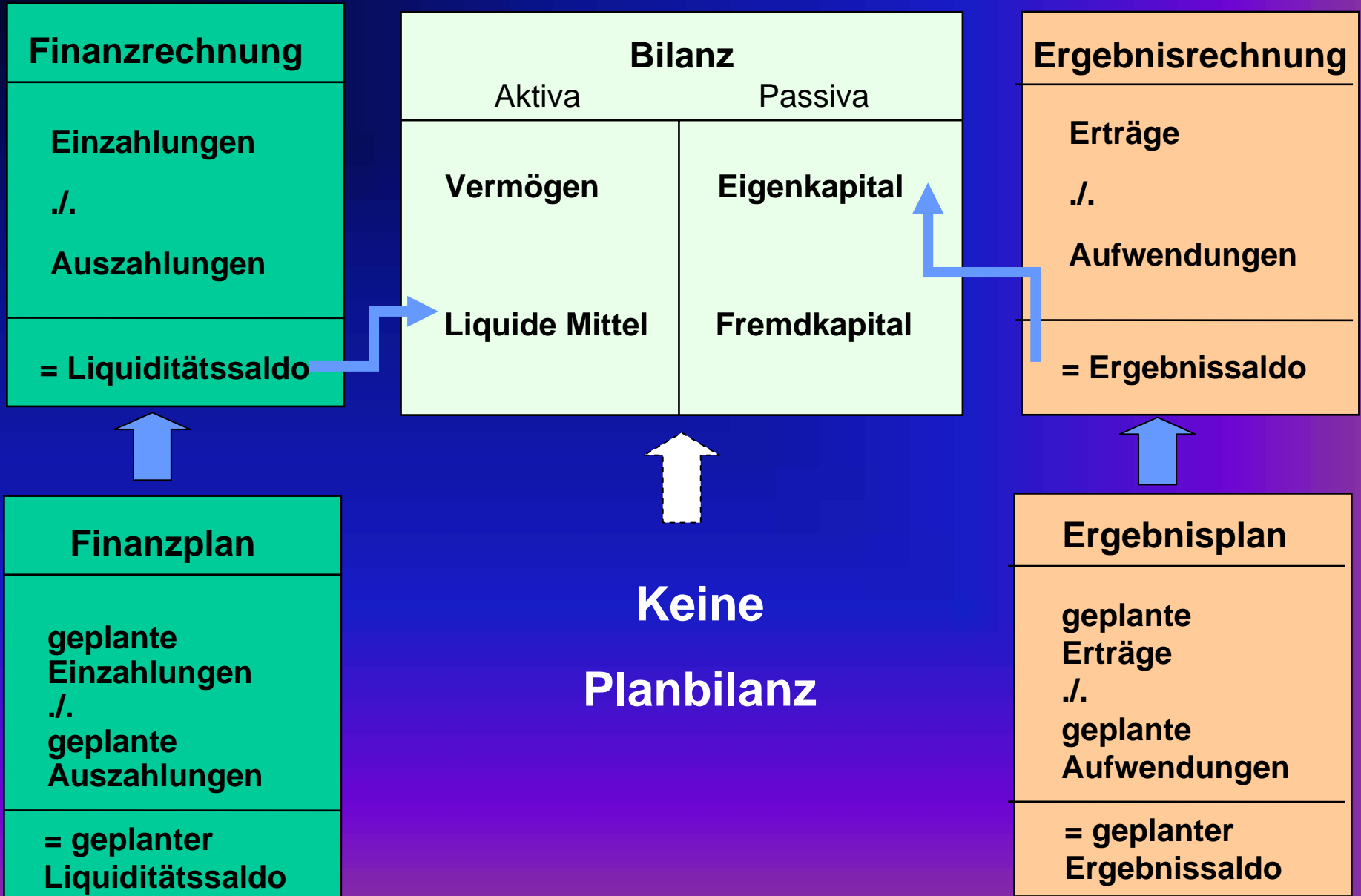
|  | <b>Planung</b>    | <b>voraus-</b>      | <b>Abwei-</b>                                    |
|--|-------------------|---------------------|--|
|  | <b>€</b>          | <b>sichtl.</b>      | <b>chung</b>                                     |
|  |                   | <b>IST-Ergebnis</b> | <b>€</b>   |
|  |                   | <b>€</b>            |  |
| <b>bei Einbringung</b><br><b>(Dezember 2008)</b> | <b>20.258.407</b> |                     |  |
| <b>Verschlechterung</b>                          | <b>1.370.095</b>  |                     |  |
| <b>bei Verabschiedung</b><br><b>(März 2009)</b>  | <b>21.628.502</b> | <b>rd. 21,6 Mio</b> | <b>Voraus-</b><br><b>sichtl.</b><br><b>keine</b> |

# Entwicklung der Haushaltsdefizite

## - originäre Fehlbeträge -



# Das 3-Komponenten-System im NKF

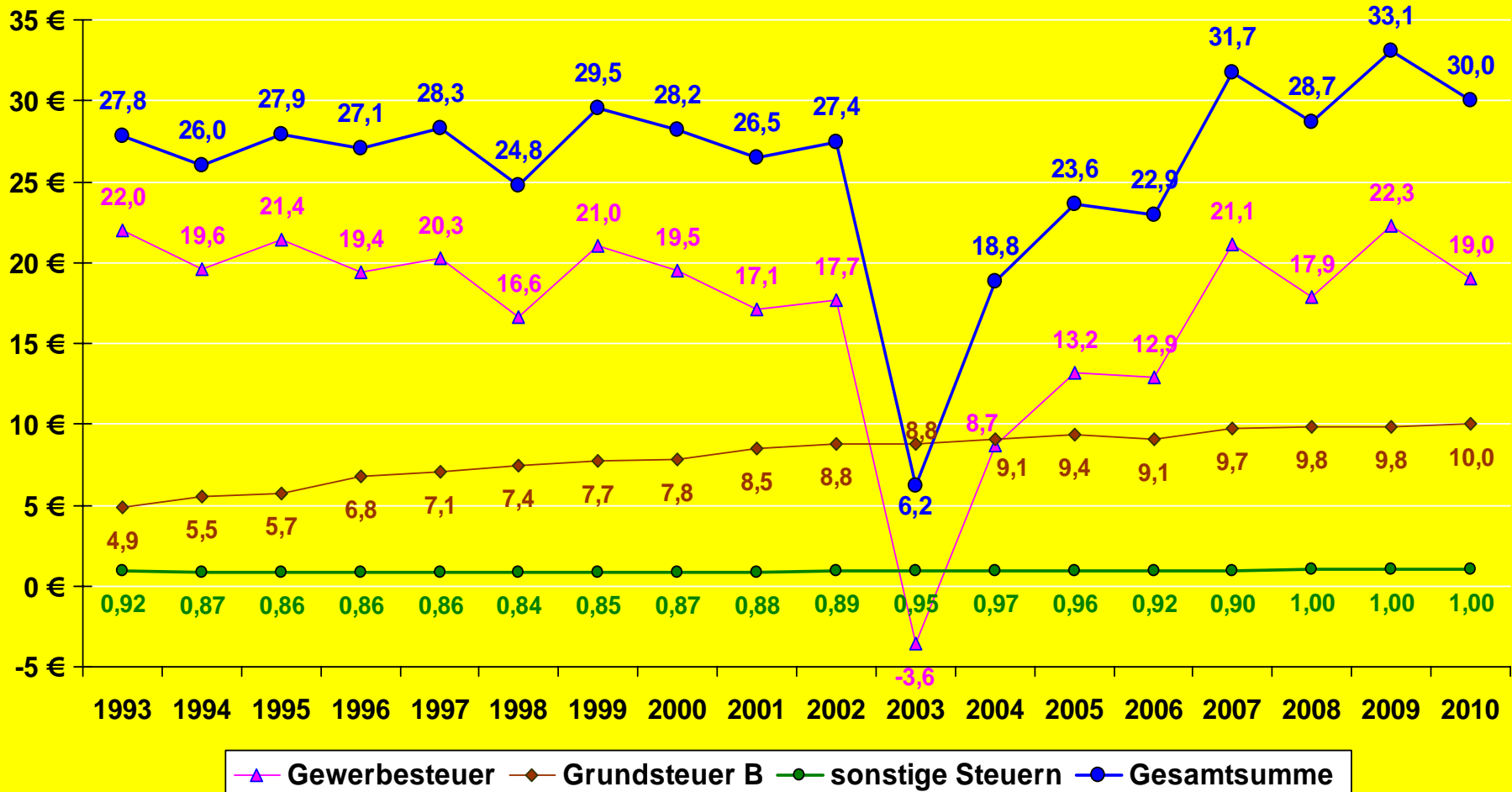


# Finanzplan 2010

|  |  |                       |
|--|--|-----------------------|
| <b>Finanzplan</b>  |  |                       |
| <b>geplante<br/>Einzahlungen<br/>(170.689.123 €)<br/>./. geplante<br/>Auszahlungen<br/>(197.071.127 €)</b> | <b>Saldo aus lfd.<br/>Verwaltungstätigkeit</b> | <b>- 20.542.024 €</b> |
|  | <b>Saldo aus Investitions-<br/>tätigkeit</b>   | <b>- 6.295.975 €</b>  |
|  | <b>Saldo aus Finanzierungs-<br/>tätigkeit</b>  | <b>+ 455.995 €</b>    |
| <b>= geplanter<br/>Liquiditätssaldo<br/>(-26.382.004 €)</b>  | <b>Liquiditätssaldo insgesamt</b>              | <b>- 26.382.004 €</b> |

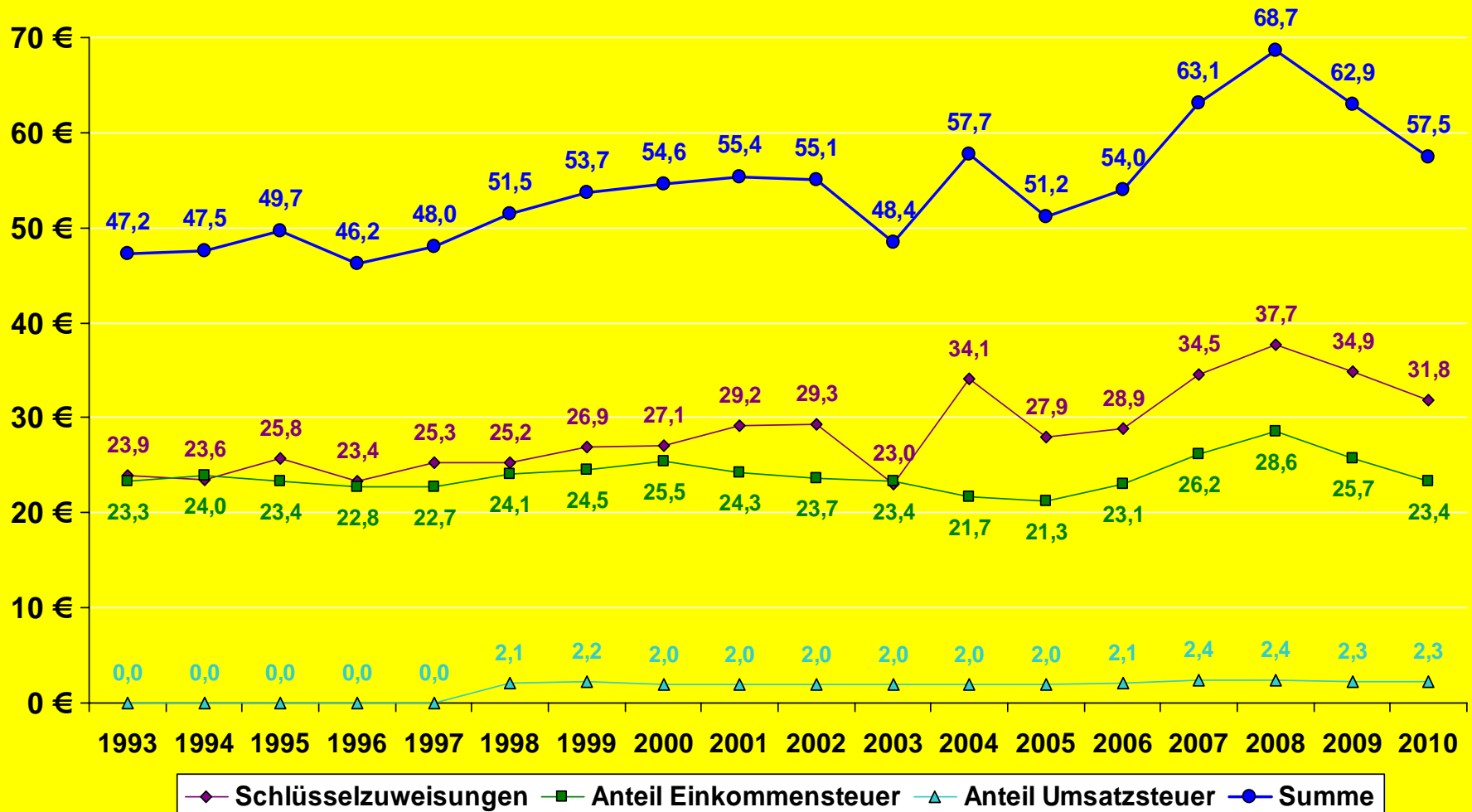
# Entwicklung der Steuereinnahmen (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer)

- Beträge in Mio € -



# Anteil an der Einkommens-/Umsatzsteuer Höhe der Schlüsselzuweisungen

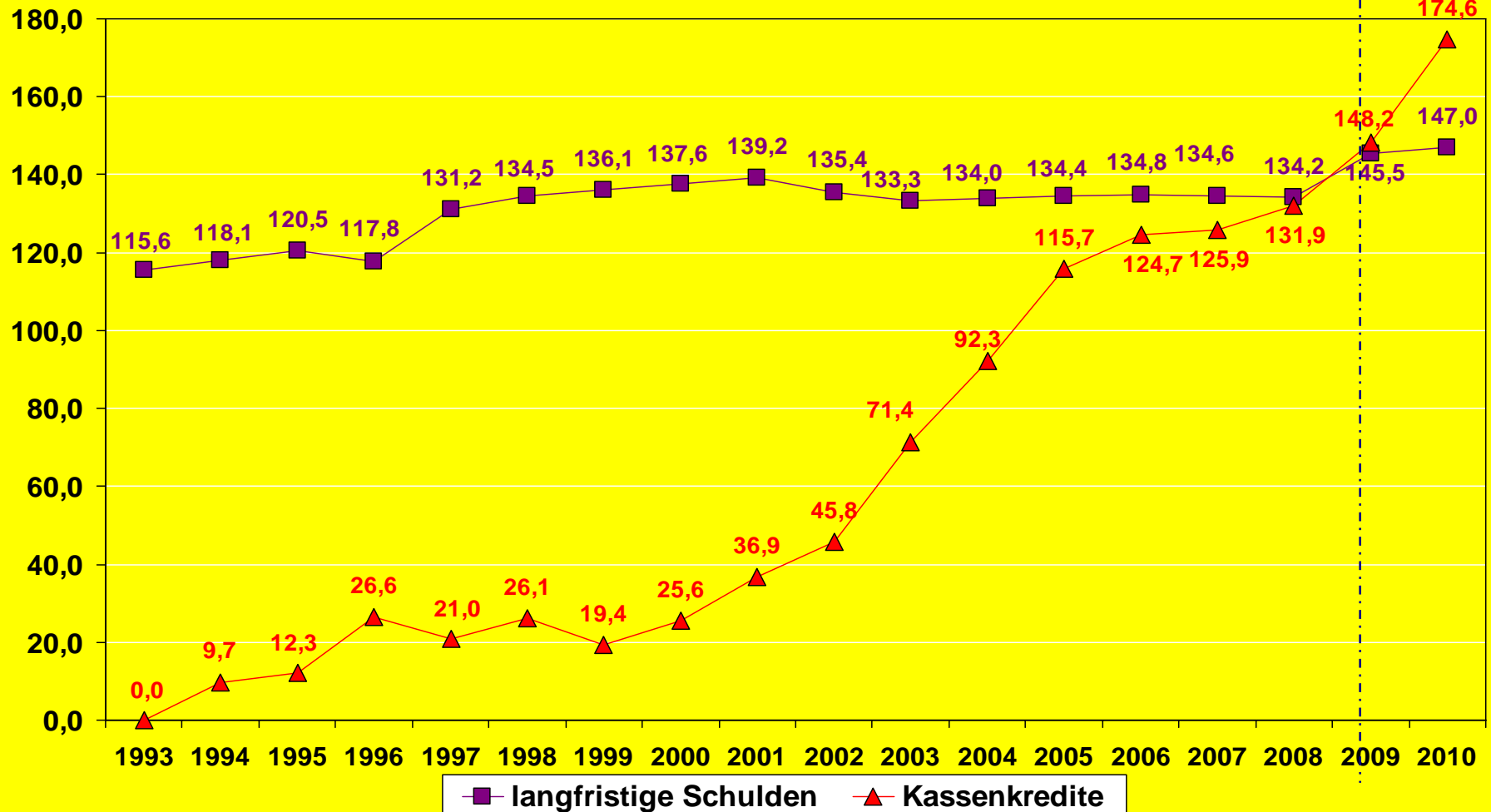
- Beträge in Mio € -



# langfristige Kreditaufnahmen/ Liquiditätskredite

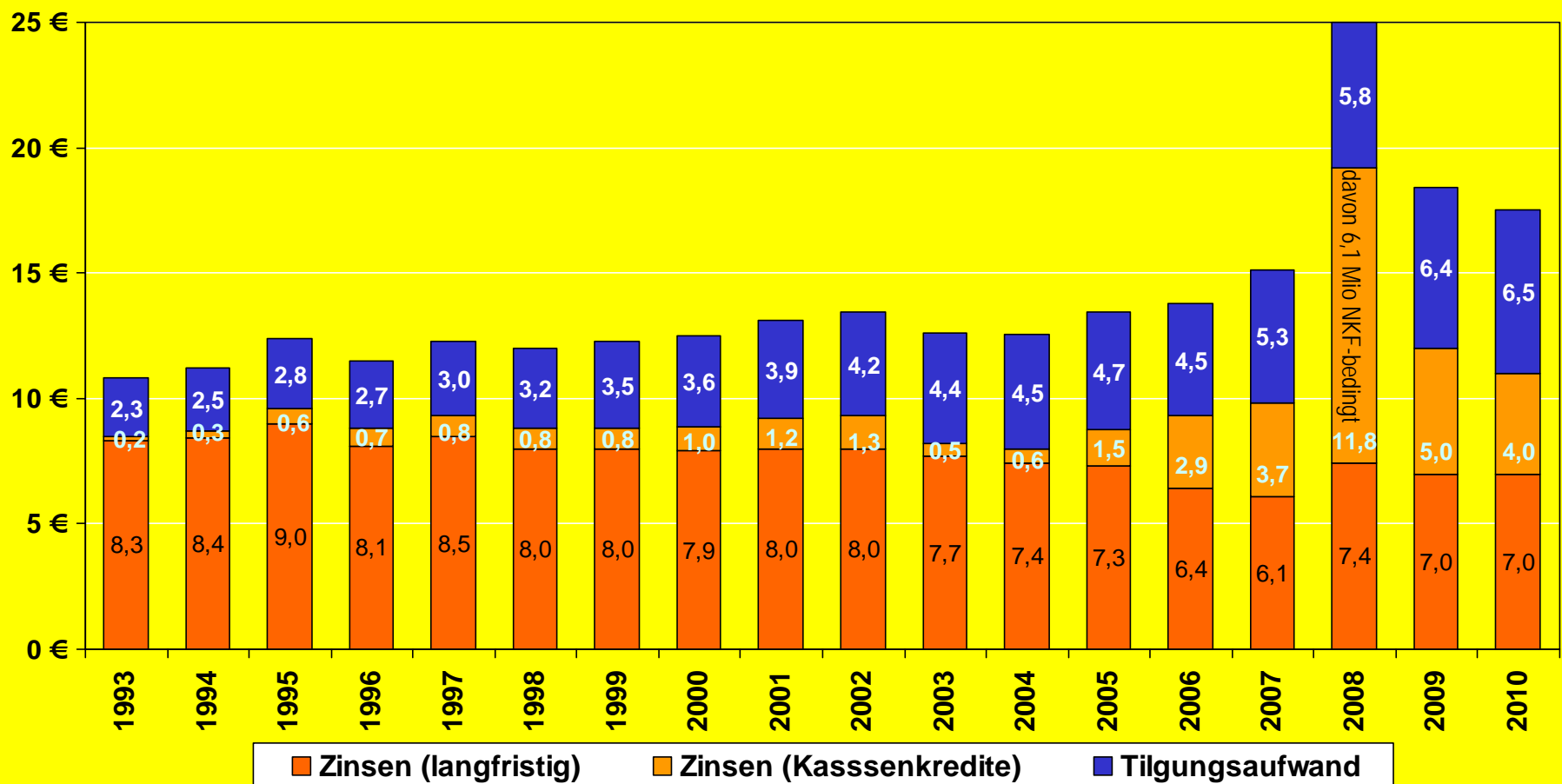
Beträge in Mio €

NKF



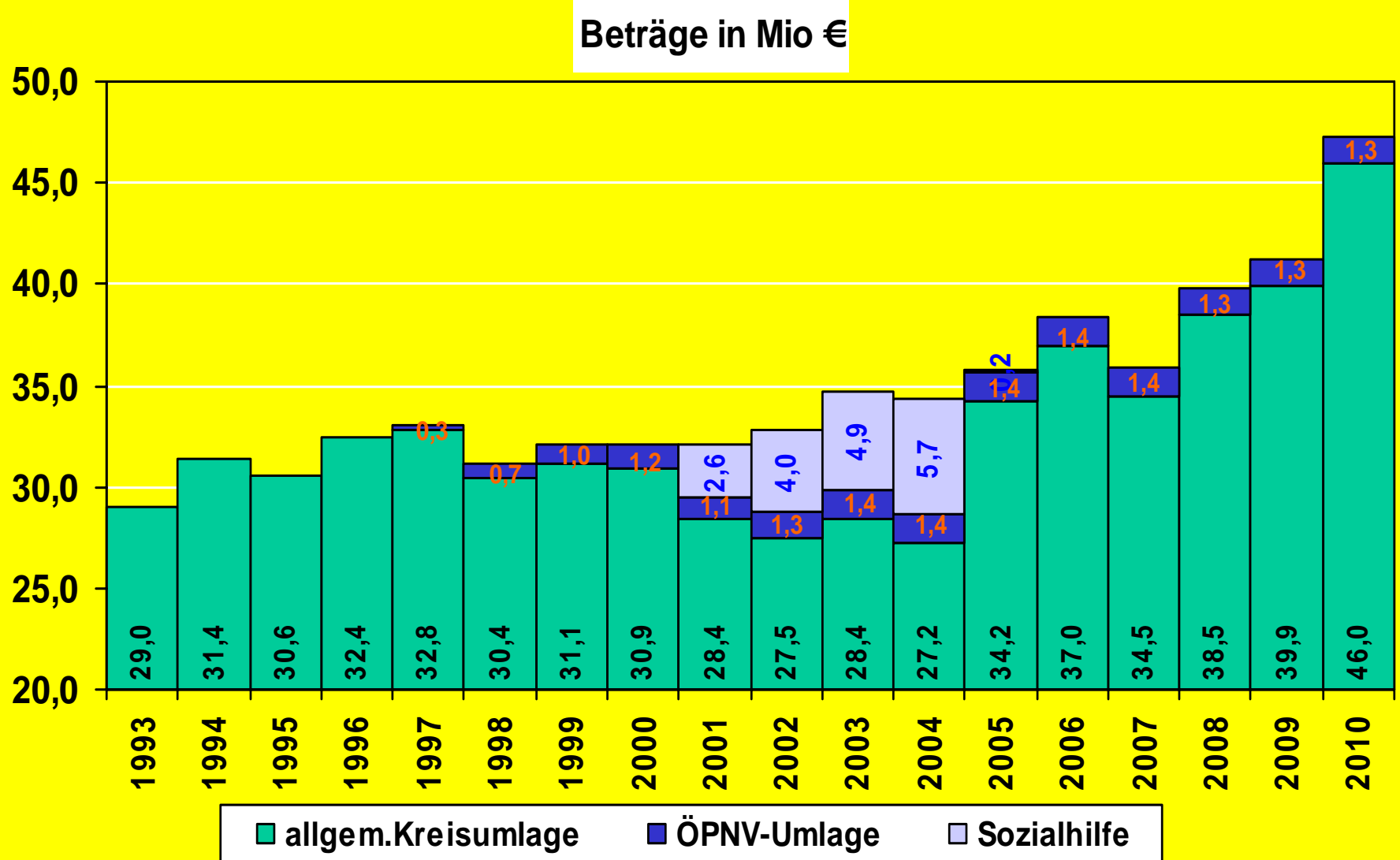
# Aufwendungen für den Schuldendienst (Langfristige Kredite u. Kassenkredite)

- Beträge in Mio € -





# Entwicklung der Kreisumlage (incl. ÖPNV und Sozialhilfe)

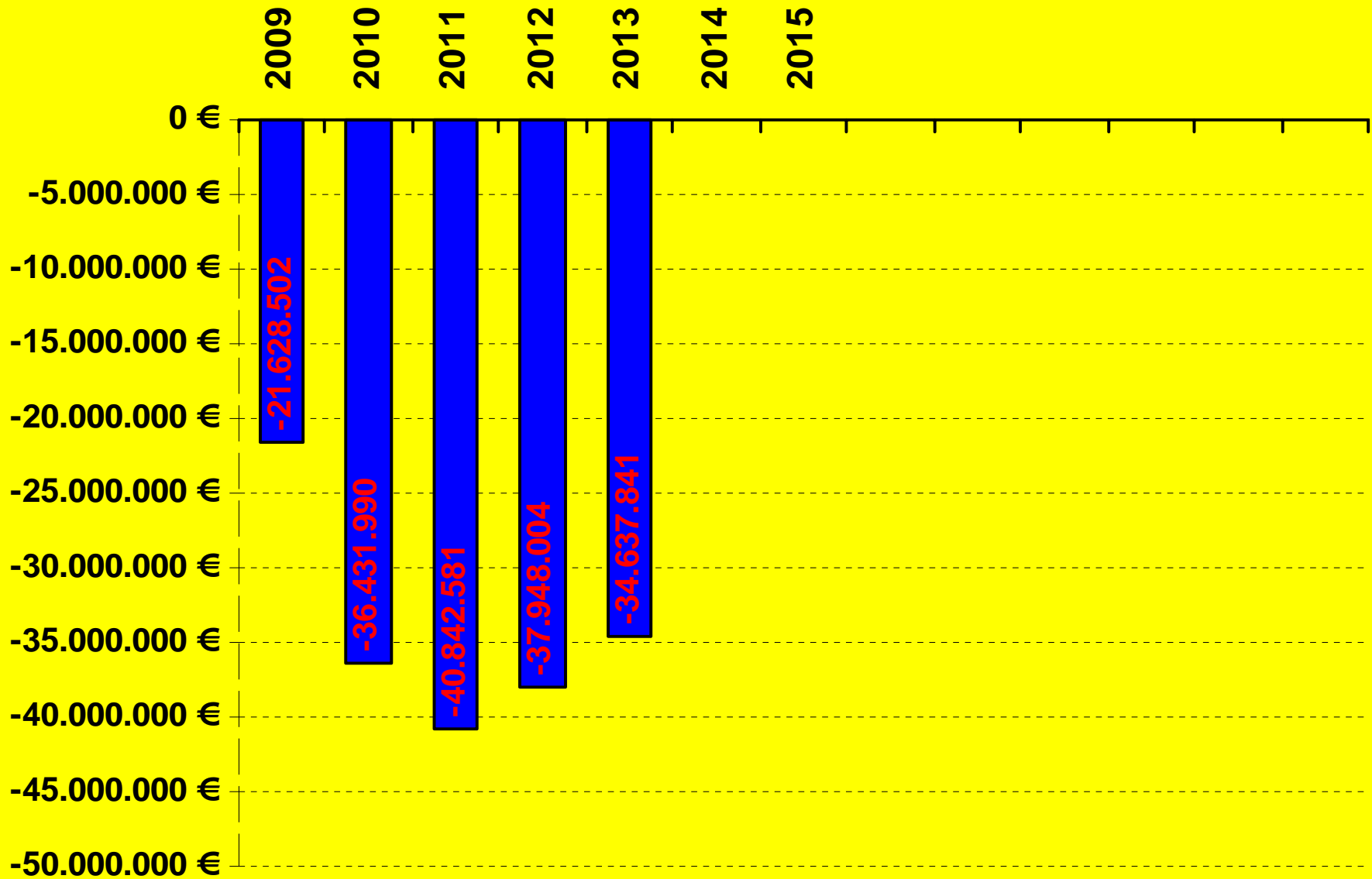


# Gesamtfehlbedarf 2010

- Fehlbedarf des Finanzplanes = 26.382.004 €
- nicht zahlungswirksame Aufwendungen = 10.049.996 €
- **Gesamtfehlbedarf des ErgebnisHH = 36.431.990 €**

# Entwicklung der Haushaltsdefizite

## - mittelfristige Finanzplanung -



# Eigenkapitalverzehr miFi bis 2013

( Stand: Vorläufige aktualisierte Eröffnungsbilanz )

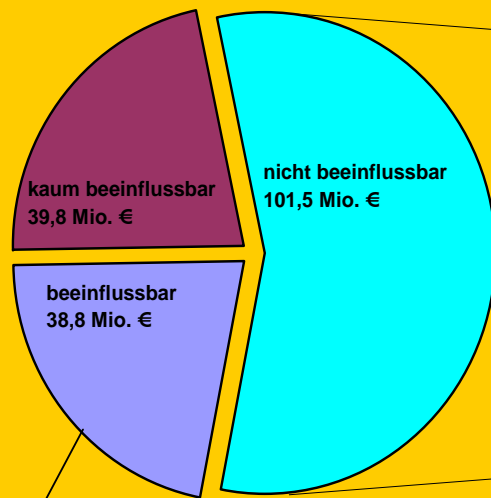
|  | 2009<br>Mio €  | 2010<br>Mio € | 2011<br>Mio € | 2012<br>Mio € | 2013<br>Mio €        |
|--|----------------|---------------|---------------|---------------|----------------------|
| <b>Allgemeine</b> Rücklage zum 01.01.                        | 116,740        | 116,740       | 91,965        | 51,123        | 13,175               |
| <b>Ausgleichs</b> rücklage zum 01.01.                        | 33,285         | 11,657        | 0,000         | 0,000         | 0,000                |
| <b>Eigenkapital</b> gesamt                                   | 150,025        | 128,397       | 91,965        | 51,123        | 13,175               |
| <b>Jahresfehlbedarf</b>                                      | <b>21,628</b>  | <b>36,432</b> | <b>40,842</b> | <b>37,948</b> | <b>34,637</b>        |
| Entnahme aus der <b>Ausgleichs</b> rücklage                  | 21,628         | 11,657        | 0,000         | 0,000         | 0,000                |
| verbleibender Bestand der <b>Ausgleichs</b> rücklage         | 11,657         | 0,000         | 0,000         | 0,000         | 0,000                |
| Entnahme aus der <b>Allgemeinen</b> Rücklage                 | 0,000          | 24,775        | 40,842        | 37,948        | 34,637               |
| verbleibende Allgemeine Rücklage                             | 116,740        | 91,965        | 51,123        | 13,175        | -21,462              |
| <b>verbleibendes Eigenkapital</b><br>(Ausgleichsrücklage und | <b>128,397</b> | <b>91,965</b> | <b>51,123</b> | <b>13,175</b> | <b>-21,462</b>       |
| Verzehr der <b>Allgemeinen</b> Rücklage in v.H.              | 0,000          | 21,22%        | 56,21%        | 88,71%        | <b>über-schuldet</b> |

# Berechnung des Konsolidierungsbeitrages (Ermittlung des beeinflussbaren Aufwandes)

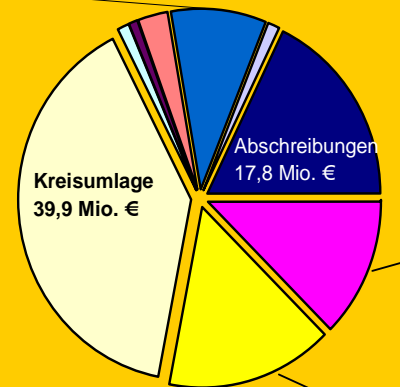
## Zusammensetzung des Aufwandes bei der Stadt Dorsten

Stand: verabschiedeter  
Haushalt 2009

180,0 Mio €



## Zusammensetzung des nicht beeinflussbaren Aufwandes von 101,0 Mio €



Zinsaufwand Investitions- und  
Liquiditätskredite 12,8 Mio. €

Aufwand Gebührenhaushalte 15,8 Mio. €

### Zusammensetzung beeinflussbarer Aufwand:

Produktbereich 01 (Innere Verwaltung): 5,4 Mio. €  
 Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben): 10,7 Mio. €  
 Produktbereich 05 (Soziale Leistungen): 3,6 Mio. €  
 Produktbereich 06 (Kinder-, Jugend- u Familienhilfe: 6,4 Mio. €  
 Produktbereich 09 (Räuml. Planung u. Entwicklung, Geoinformationen): 3,6 Mio. €  
 übrige Produktbereiche: 9,1 Mio. €

- Kreisumlage
- ÖPNV-Umlage
- Finanzierungsbeteiligung Krankenhausfinanzierung
- Gewerbesteuerumlage, Erstattungszinsen und Beteiligung Fonds Deutsche Einheit
- Zuschüsse an Kindergärten inkl. Übernahme Trägeranteil
- Zuschuss an Maßnahmenträger Offene Ganztagschule
- Bilanzielle Abschreibungen
- Zinsaufwand Investitions- und Liquiditätskredite
- Aufwand Gebührenhaushalte (ohne Abschreibungen, ohne Personalaufwendungen)

**Vielen Dank für Ihre  
Aufmerksamkeit !**